

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Kritik an Drogenkonferenz-Zusammensetzung

Bern (AP) Die von der Berner FDP-Nationalrätin Genevieve Aubry präsidierte Parlamentarier-Gruppe Drogenpolitik sorgt für Misstöne vor der nationalen Drogenkonferenz von heute. Bundesrätin Ruth Dreifuss habe es verweigert, eine Delegation der Gruppe an die Konferenz einzuladen, und unterdrücke damit kritische Meinungen, teilte die Gruppe gestern mit.

Schweizer Bericht über die Menschenrechte

Bern (AP) Der Schweizer Bundesrat legt den Vereinten Nationen erstmals einen Bericht über die bürgerlichen und politischen Rechte in der Schweiz vor. Die fundamentalen Menschenrechte werden laut EDA generell respektiert. Dennoch könnte der zuständige UN-Ausschuss auf Mängel hinweisen, beispielsweise bei der Verhaftungspraxis. Das mit zweijähriger Verspätung vorgelegte Dokument ist ein Dokument technischer Natur, dessen Gegenstand es nicht ist, eine politische Beurteilung über die Situation der Menschenrechte in der Schweiz abzugeben, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) gestern mitteilte.

Anhaltender Aufwärtstrend bei Inseraten

Lausanne (AP) In der Tagespresse setzt sich der Aufwärtstrend bei den kommerziellen Inseraten und bei den Stellenanzeigen weiter fort. Im Januar stieg der Publicitas-Index der Werbeausgaben in der Tagespresse auf 106,7 Punkte gegenüber 106,4 Punkten im Vormonat, wie die Publicitas gestern mitteilte. Der Index der Stellenanzeigen wies ebenfalls deutlich nach oben. Wie das Unternehmen schreibt, hat sich der Aufschwung bei den Werbeausgaben auch über die Jahreswende hinaus fortgesetzt. Im Vergleich mit dem Januar 1994 stieg der Publicitas-Index bis Ende Januar dieses Jahres um 6,4 Prozent.

Tribunal der Völker in Bern zusammengetreten

Bern (AP) Das Ständige Tribunal der Völker ist gestern erstmals in Bern zusammengetreten, um die Völkerrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien zu beurteilen. Die Anklage belastet alle Kriegsparteien und hat insbesondere die «ethnischen Säuberungen» im Visier. Eine zweite Session in Spanien soll die Verantwortlichkeit der Medien und Westeuropas beleuchten. Das Tribunal arbeitete nach eigenen Angaben viele Fakten von Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen, Genoziden und «ethnischen Säuberungen» auf.

Rinderwahnsinn: Weitere drei Fälle festgestellt

(AP) In den Kantonen Bern und Aarau sind drei weitere Fälle von Rinderwahnsinn festgestellt worden. Betroffen waren zwei Tiere in den Gemeinden Grossaffoltern (BE) und Gondiswil (BE) sowie ein Tier in Seengen (AG), wie den Mitteilungen des Bundesamtes für Veterinärwesen (BVET) von gestern zu entnehmen ist. 1995 sind damit in der Schweiz bereits elf neue Fälle der Bovinen spongiformen Enzephalopathie (BSE) aufgetreten. Im ganzen Jahr 1994 waren es 64 Fälle, 35 mehr als im Vorjahr gewesen. Seit November 1990 hat die Seuche 128 Tiere dahingerafft.

Industrie hofft auf gleiche Wettbewerbsbedingungen im EWR

Fast die Hälfte der Exporte unserer Industriebetriebe gehen in Europäischen Wirtschaftsraum – Hoffnung auf EU-Forschungsprogramme

(G.M.) – Die Industrie ist der einzige Wirtschaftssektor im Fürstentum Liechtenstein, der sich vorbehaltlos für einen EWR-Beitritt einsetzt. Kernpunkte der Überlegungen der Exportindustrie bilden der freie Warenverkehr ohne Hemmnisse, die Beteiligung an den europäischen Forschungsprogrammen sowie die gleichen Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen Anbietern auf dem europäischen Markt.

Unter dem Titel «Chancen und Risiken des EWR-Abkommens» fasste die Regierung die Vorteile für die Industrie im Falle eines EWR-Beitritts folgendermassen zusammen: «Der freie Warenverkehr hat für unsere Industrie, die rund 50 Prozent ihrer Produkte in die Länder des EWR exportiert, hohe Bedeutung. Die Industrie ist darauf angewiesen, dass sie ihre Erzeugnisse zu den gleichen Bedingungen exportieren kann wie ihre Mitbewerber in den übrigen EWR-Ländern».

Freier Zugang zum Binnenmarkt

Die Industrie setze sich aktiv für eine EWR-Teilnahme Liechtensteins ein, erklärte Willi Frommelt, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, in verschiedenen Stellungnahmen in den

vergangenen Jahren. Sichtbar wird diese aktive Rolle derzeit vor allem durch die Plakate, die für den EWR-Beitritt werben und gleichzeitig vor einem EWR-Nein mit Hinweis auf den gefährdeten Industriestandort Liechtenstein warnen. Die Industrie wartet bei ihrer Argumentation für den EWR-Beitritt jeweils auch mit eindrücklichen Exportzahlen auf. Im Wirtschaftsjahr 1993 exportierten die 33 Industrieunternehmen, die der Industrie- und Handelskammer angeschlossen sind, Waren und Produkte für 2,4 Milliarden Franken. Bei einem EWR-Beitritt erhalte die liechtensteinische Industrie, unterstreicht Willi Frommelt die Pro-EWR-Argumentation, «freien Zugang zum Binnenmarkt».

Günstigere Lage als Schweizer Unternehmen

Nach dem EWR-Nein der Schweiz befinden sich die schweizerischen Exportunternehmen in einer schwierigeren Situation als die liechtensteinischen Betriebe, die bei einem EWR-Beitritt Liechtensteins auf den Wegfall noch bestehender Exporthemmnisse hoffen können, prognostizieren Wirtschaftsfachleute. Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen Exportunternehmen, die nur in un-

serem Land produzieren, und den multinationalen Unternehmungen, die Produktionsstandorte in anderen Ländern besitzen.

Die reinen Exporteure, stellte Prof. Dr. Emil Brauchlin in einem Vortrag über die Auswirkungen des EWR-Beitritts auf den Industriestandort fest, seien durch verbleibende Exporthemmnisse stärker betroffen als vollständig internationalisierte Unternehmungen, die im Extremfall bereits jetzt schon das europäische Ausland von anderen Standorten aus bedienen.

Negative Auswirkungen früher eingetreten

Prof. Brauchlin vertrat schon 1993 die Ansicht, dass sich die Standortvoraussetzungen für schweizerische Exporteure in den EWR-Raum unzuverlässig verschlechtert hätten. Prof. Dr. Carl Baudenbacher stimmt dieser Einschätzung – ein gutes Jahr später – in seiner Studie über «Das Fürstentum Liechtenstein vor der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum» zu: «Die Auswirkungen des EWR-Nein für den Industriestandort Schweiz sind zwei Jahre nach der Volksabstimmung (d.h. bereits früher als viele EWR-Befürworter

vor dem 6. Dezember 1992 angenommen haben) überwiegend als negativ zu qualifizieren». Nach einer St. Galler Studie, die Prof. Baudenbacher zitiert, waren im vergangenen Jahr 49 Prozent der im Kanton St. Gallen grenzüberschreitend tätigen Unternehmen der Ansicht, dass sich der Standort St. Gallen verschlechtert habe. Und 53 Prozent dieser Betriebe erblickten im EU-Beitritt Österreichs einen Nachteil für die Schweiz.

Europäische Forschungsprogramme

Doch nicht allein der freie Warenverkehr ist für die liechtensteinische Exportindustrie der Beweggrund für das aktive Eintreten zugunsten des EWR-Beitritts. Parallel dazu betont die Industrie, dass mit der EWR-Teilnahme auch die Beteiligung an europäischen Forschungsprogrammen ermöglicht werde, was der Industrie den Anschluss an die Technologien der Zukunft erlaube. Ausserdem unterstreicht die Industrie, dass mit dem EWR-Beitritt die Teilnahme an europäischen Aus- und Weiterbildungsprogrammen möglich werde, was Liechtenstein vor einer Isolation im Bildungswesen bewahre.

Mehr über den EWR-Standpunkt der Industrie auf Seite 5.

Zunftabend im Zeichen des 30jährigen Bestehens

Die Schaaner Narrenzunft lud gestern abend zum diesjährigen Zunftabend in den Reschsaal



Das fasnächtliche Geschehen in der Narrenhochburg Schaan ist in vollem Gange. Nach dem Kindermaskenball vor einer Woche ging gestern abend der traditionelle Zunftabend über die Bühne. Im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Anlasses von Rang standen vorwiegend drei Dinge: das 30jährige Bestehen der Narrenzunft Schaan, die Entmachtung des erst neugewählten Vorstehers Hansjakob Falk und die damit verbundene Schlüsselübergabe sowie die Büttenreden, welche mit Ironie und Humor das Geschehen im Land aufs Korn nahmen. Unser Bild anlässlich des gestrigen Zunftabends zeigt die «Macher» der Schaaner Fasnacht, sprich den nahezu kompletten Vorstand – es fehlte nur der erkrankte Oskar Nigg – mit Zunftmeister Werner «Fifi» Frick (Bildmütze) sowie den Gardemädchen. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Schweizer Fernsehen plant FL-Sendungen

(G.M.) – Das Schweizer Fernsehen plant im kommenden August eine Sendereihe über das Fürstentum Liechtenstein. Vorgesehen sind fünf Sendungen, die jeweils an einem Abend direkt aus einer Gemeinde gesendet werden. Dem Fernsehen geht es dem Vernehmen nach um die Vorstellung von Land und Leuten, des Staats- und vor allem des Gemeindegewesens, um die Vorstellung verschiedener Siedlungen, um die Wirtschaft in ihrer vielfältigen Ausprägung sowie um Musik und Brauchtum.

Das vorläufige Konzept der Sendungen, die im Rahmen der Reihe «Bsuech in...» ausgestrahlt werden, sieht die Realisierung von fünf Live-Sendungen vor, die aus fünf verschiedenen Ortschaften gesendet werden. Damit sollen auch fünf verschiedene Schwerpunkte angesprochen werden, die typisch sind für unser Land. Das Schweizer Fernsehen stellt sich eine Mischung von Unter- und Oberland, von Berg- und Talgemeinden vor. Dabei soll vermieden werden, dass es sich um die Darstellung einer einzigen Gemeinde geht, sondern der regionale Charakter soll im Vordergrund stehen.

Dem Schweizer Fernsehen schwebt bei diesen Live-Sendungen der Einbezug von verschiedenen Vereinen vor, insbesondere von Vereinen, die mit Musik und Brauchtum zu tun haben.

AHV- und GATT-Abstimmung im Juni

(AP) Der 25. Juni ist in der Schweiz als Abstimmungstermin für die Volksbegehren zu Gatt, AHV und Lex-Friedrich reserviert. Vor der definitiven Festsetzung des Abstimmungsplans müsse jedoch noch abgewartet werden, ob sämtliche dieser Volksbegehren tatsächlich zustande kämen, sagte Vizekanzler Achille Casanova gestern im Anschluss an die Von-Wattenwyl-Gespräche (siehe S. 15 «Zeitgeschehen»). Die Frist für die Unterschriftensammlung gegen die Teilnahme der Schweiz an den Gatt-Abkommen laufe erst am kommenden 27. März ab. Im Falle der Lockerung der Lex-Friedrich, die den Grundstückkauf durch Ausländer regelt, seien die Unterschriften zwar eingereicht, aber noch nicht ausgezählt. Das gleiche gilt für das Referendum gegen die 10. AHV-Revision mit der Erhöhung des Frauenrentenalters.

Landesmuseum wird saniert und erweitert

(paf) – Die Regierung hat das weitere Vorgehen betreffend das Landesmuseum und das Verweserhaus festgelegt. Sie hat die Ausschreibung eines neuen Wettbewerbs für eine hängeseitige Erweiterung mit gleichzeitiger Sanierung der bestehenden Gebäude beschlossen. Der Wettbewerb soll noch vor dem Sommer 1995 ausgeschrieben und soweit möglich abgeschlossen werden.

Dieses Vorgehen bietet die Möglichkeit einer raschen Wiederbenutzung der Räumlichkeiten. Zukünftig werden beide Gebäude dem Museumsbetrieb zur Verfügung stehen, was die Ausstellungsfläche wesentlich erweitert.

Die Erweiterung und Renovation des Landesmuseums und des Verweserhauses waren Teil des Projektes «Regierungsviertel», das in der Volksabstimmung vom März 1993 abgelehnt wurde.



Noch vor dem kommenden Sommer soll im Hinblick auf die Sanierung und Erweiterung des Landesmuseums in Vaduz ein Wettbewerb ausgeschrieben werden.